



## Der Klerus legt sich quer

Schiiten im Irak fordern direkte Wahl der Übergangsregierung



Die Tinte ist gerade einmal trocken unter dem Abkommen, in dem die US-Zivilverwaltung und der irakische Regierungsrat das Ende der Besatzung und die Machtübergabe an eine einheimische Regierung für den 30. Juni 2004 vereinbart haben. Doch schon regt sich Widerstand gegen diesen Plan – und vor allem der schiitische Klerus legt sich quer. Großayatollah Ali al-Sistani, der einflussreichste religiöse Führer des Landes, hat nun zwei Forderungen erhoben, welche die US-Zivilverwaltung vor kaum lösbare Probleme stellen: Erstens verlangt er eine direkte Wahl der Übergangsregierung durch das Volk statt des vorgesehenen indirekten Auswahlverfahrens. Zweitens besteht er darauf, die „islamische Identität“ des Irak sicherzustellen.

Als Sprachrohr für den stets im Hintergrund agierenden Sistani trat in der heiligen Stadt Nadschaf Abdulasis el-Hakim auf, Chef der Schiiten-Partei „Oberster Rat für die islamische Revolution im Irak“ (Sciri) und Mitglied des 24-köpfigen Regierenden Rates, mit dem US-Verwalter Paul Bremer am 15. November die Machtübergabe geregelt hatte. Im Namen Sistanis beklagte er nun „das Fehlen jeglicher Rolle für das irakische Volk bei der Übergabe der Macht in irakische Hände“. Damit sei der gesamte Prozess „unzureichend“.

Hintergrund dieses Vorstoßes dürfte die Befürchtung des Klerus sein, bei einer von den USA gelenkten Machtübergabe abgedrängt zu werden. Bei einer Volkswahl dagegen hoffen die religiösen Führer auf breite Unterstützung der schiitischen Bevölkerungsmehrheit im Irak. Mit einer starken Stellung in der Übergangsregierung könnten sie dann der Verfassung, die bis 2005 erarbeitet werden soll, eine islamische Prägung geben.

Für Washington ist dies, auch eingedenk der Erfahrungen mit dem schiitischen Gottesstaat Iran, ein Horrorszenario. Doch Bremer weiß aus schmerzhafter Erfahrung auch, dass er an Sistani kaum vorbeikommt. Im Sommer hatte der Großayatollah schon einmal mit einer Fatwa die Pläne der USA durchkreuzt, erst eine säkulare Verfassung zu verabschieden und dann erst die Macht an die Iraker zu übergeben.

Die Reaktionen Washingtons auf den neuen Vorstoß sind zwiespältig: Einerseits heißt es aus Kreisen der Zivilverwaltung, man werden keine „grundlegenden Elemente“ der Vereinbarung neu verhandeln. Zudem seien Wahlen bis zum Sommer 2004 technisch unmöglich. Andererseits deuten Diplomaten in der New York Times auch Raum für Kompromisse an, die el-Hakim ebenfalls nicht ausschließt.

Die Forderungen der Kleriker sind jedoch nicht das einzige Problem. Plötzlich wehren sich auch Teile des Regierenden Rates gegen die vereinbarte Selbstaflösung nach der Bildung einer irakischen Regierung. Der Rat solle vielmehr als zweite Kammer, als eine Art Senat, erhalten bleiben.

In dieser Lage hat Washington offenkundig den Mut zu Verhandlungen

über eine neue UN-Resolution verloren, mit der die Machtübergabe völkerrechtlich abgesegnet werden sollte. Aus Kreisen des Sicherheitsrats hieß es, die USA seien nicht in der Stimmung, über neue Forderungen Russlands, Frankreichs und Deutschlands zu verhandeln. Die Pläne für eine neue Irak-Resolution würden deshalb wohl bis zum März zurückgestellt.  
(Seite 10)

Peter Münch

Außerdem in dieser Ausgabe:

[Bericht : Weltordnung im Wanken](#)

**drucken** ☛

Fenster schließen ☛